



Nana Odoi

Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft
Frieden und Entwicklung (FriEnt)

Bits & Peaces

PARTNERSCHAFTEN IN DER FRIEDENSFÖRDERUNG: NEUE BLICKWINKEL AM BEISPIEL CHINA

Kernbotschaften der Studie „Chinese Conceptions of Peace“

China ist ein zunehmend wichtiger Akteur in der internationalen Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Kontexten. Die Studie geht der Frage nach, auf welchen historischen Grundlagen das chinesische Friedenskonzept basiert und was dies für seine praktische Anwendung bedeutet. China verfolgt einen eigenen Ansatz, der sich klar vom ‚liberalen Frieden‘ abgrenzt, der auf politischer Inklusion aufbaut. An dessen Stelle tritt Chinas Konzept des ‚Developmental Peace‘: Konflikte sollen primär durch wirtschaftliche Entwicklung - insbesondere Maßnahmen zur Stärkung von Infrastruktur - und die Stärkung staatlicher Handlungsfähigkeit gelöst werden.

Demokratisierung und politische Konditionalität werden abgelehnt. Staatlichen Autoritäten wird dabei der größte Stellenwert beigemessen. Studien wie jene von [AidData \(2024\)](#) oder des [Boston University Global Development Policy Center \(2026\)](#) zeigen jedoch beispielsweise, dass Infrastrukturprojekte Empfängerländer in strukturelle Abhängigkeiten führen können, wenn Rückzahlungsverpflichtungen strategische Infrastruktur als Sicherheit einschließen.

Frühere Denkschulen der chinesischen Philosophie, die soziale Gerechtigkeit und gütige Herrschaft als Friedensgrundlage ansehen, finden in der heutigen Theorie und Praxis kaum mehr Anwendung.

Neue Partnerschaften in einer sich verändernden Welt

Die internationale Ordnung steht unter starkem Druck und bestehende Kooperationslogiken stoßen an ihre Grenzen. Neue Partnerschaften einzugehen ist schwieriger und gleichzeitig notwendiger denn je geworden. Vier Spannungsfelder prägen den Kontext:

- **Normkonkurrenz:** Liberale Friedensansätze, verankert in Inklusion, Menschenrechten und dem Prinzip „Do No Harm“ stehen teilweise konzeptionell im Widerspruch zu Chinas Entwicklungsfrieden. Das erschwert gemeinsame Strategiebildung und verstellt den Blick auf mögliche Komplementaritäten.
- **Vertrauensverlust und Doppelmoral:** Die Wahrnehmung westlicher Doppelmoral hat sich in vielen Teilen des sogenannten Globalen Südens verfestigt. Kritisiert wird die teils mangelnde Kohärenz zwischen proklamierten Werten und tatsächlichem Handeln. Hinzu kommen im sogenannten Globalen Norden drastische Kürzungen in der Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe sowie der programmatische Rückzug aus langjährigen Kooperationsregionen. China füllt die entstehenden Lücken, ohne westlich geprägte Konditionalität, aber mit eigenen wirtschaftlichen Interessen. Besonders deutlich wird dies in Afrika, wo chinesische Investitionen vor allem auf den Abbau kritischer Rohstoffe wie seltene Erden, Kobalt und Lithium sowie den Aufbau begleitender Infrastruktur abzielen ([KAS, 2024](#)).
- **Fragmentierung multilateraler Institutionen:** Regionale und internationale Friedensmissionen, humanitäre Strukturen und Sicherheitsarchitekturen stehen unter Druck. China engagiert sich aktiv in diesen Räumen. Als zweitgrößter Finanzbeitragszahler und größter Truppensteller unter den ständigen UN-Sicherheitsratsmitgliedern ist China in Missionen wie MONUSCO in der DRC oder UNMISS im Südsudan präsent ([SIPRI, 2026](#)). Gleichzeitig baut China seine Sicherheitskooperation bilateral mit afrikanischen Staaten und regional mit der Afrikanischen Union aus, über Ausbildungsprogramme,

Waffenlieferungen und gemeinsame Übungen, die über die Jahre signifikant gewachsen sind. Dieses Engagement folgt dem Prinzip der Nichteinmischung in politische Angelegenheiten, verfolgt aber wirtschaftliche und politische Interessen.

- **Multi-Alignment statt bilateraler Abhängigkeit:**
Viele Staaten des sogenannten Globalen Südens gestalten ihre Außenbeziehungen zunehmend transaktional, orientiert an eigenen Interessen und Bedarfen. Wer in diesem Kontext auf politischer Konditionalität und liberaler Wertekonformität beharrt, steht vor einer schwierigen Abwägung zwischen Glaubwürdigkeit, Gestaltungsmacht und Relevanz. Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht.

Was bedeutet das für Partnerschaften mit China?

Die Frage ist nicht, ob Europa mit China umgehen muss, sondern wie. Eine Partnerschaft mit China im Bereich Friedensförderung erfordert Klarheit über grundlegende Differenzen in Werten, Governance-Vorstellungen und Schutzstandards, aber auch über Möglichkeiten der Zusammenarbeit. China ist längst präsent: in Friedensmissionen, in Krisenregionen, in multilateralen Institutionen.

Europa und Deutschland sind wirtschaftlich eng mit China verflochten. Gleichzeitig erhalten Staaten des Globalen Südens chinesische Investitionen und Infrastruktur ohne politische Auflagen. Dies ist attraktiv, gerade weil westliche Partner sich zurückziehen. So verschieben sich Machtverhältnisse und neue Abhängigkeiten entstehen – aber auch Verhandlungsspielräume. Diese Realitäten können nicht ignoriert werden.

Die folgenden Empfehlungen greifen drei Ansatzpunkte der Studie auf:

Empfehlungen

- **Kooperation und Dialog mit China gezielt gestalten:**
Bestehende Formate, etwa im Rahmen von VN-Friedensmissionen, Entwicklungszusammenarbeit oder humanitären Koordinierungsmechanismen, sollten aktiv für den Austausch genutzt werden. **Gemeinsame Interessen, etwa bei der Stabilisierung von Krisenregionen, sollten pragmatisch verfolgt und Differenzen bei Schutzstandards sowie universalen Menschenrechten klar angesprochen werden.**
- **Wissensaustausch mit China fördern:**
Der Dialog zwischen europäischen und chinesischen Institutionen der Friedensförderung und **Konfliktforschung sollte aktiv gesucht und ausgebaut werden.** Er stellt eine langfristige Investition in gemeinsames Verständnis von Konfliktodynamiken und Friedensansätzen dar.
- **Allianzen themenbezogen gestalten:**
Europa muss beides tun: mit China zusammenarbeiten, wo es geht, und Differenzen in Werten und Schutzstandards klar benennen, wo es nötig ist. Das erfordert eine neue Haltung gegenüber Partnern, die keine „Gleichgesinnten“ sind, und einen politischen Pragmatismus, der universelle Abkommen und die VN-Charta als Kompass behält. Anstatt einer pauschalen China-Politik gilt es je nach Politikfeld genau hinzuschauen. So kann Zusammenarbeit etwa beim Klimaschutz, bei der Stabilisierung von Krisenregionen oder in der humanitären Hilfe sinnvoll sein, auch wenn Interessen in anderen Fragen auseinandergehen.